

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/4308 –**

Endometriose – Endlich verstehen, behandeln, erforschen, begleiten

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Heidi Reichinnek, Kathrin Vogler,
Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/5979 –**

Endometriose wirksam bekämpfen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die gynäkologische Erkrankung Endometriose ist eine der häufigsten Unterleibserkrankungen von Frauen, die bis zu 15 Prozent der weiblichen Bevölkerung in Deutschland betrifft. Dennoch fehlt es nach Darstellung der Antragsteller an geeigneter Forschung und dadurch bedingt an Sensibilisierung, Prävention und Versorgung der betroffenen Frauen.

Zu Buchstabe b

Nach Darstellung der Antragsteller mangelt es an einer Endometriose-Strategie, um die Krankheit Endometriose in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken und sich der Erforschung und Bekämpfung der Krankheit zu widmen. Zudem wird die Ausbildung der Ärzte in Bezug auf Endometriose als unzureichend empfunden, um die Krankheit sicher erkennen und behandeln zu können.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Es soll eine nationale Strategie gegen Endometriose erarbeitet werden, welche die Grundlagen für geeignetere Forschung schafft und so zu mehr Sensibilisierung, Prävention und besserer Versorgung der betroffenen Frauen beiträgt. Endometriose-Zentren sollen ausgebaut und gestärkt werden. Außerdem soll unter anderem gewährleistet sein, dass Leistungen in den Endometriose-Fachberatungen an Kliniken, bei Gynäkologen oder Allgemeinmedizinerinnen auskömmlich vergütet und entsprechend abgerechnet werden können.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/4308 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Eine nationale Endometriose-Strategie soll dazu beitragen, die Krankheit in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken und die Erforschung und Bekämpfung der Endometriose zu verbessern. Zudem soll ein bundesweites Endometriose-Register eingerichtet werden, in dem Daten zum Krankheitsbild und zur Häufigkeit erfasst und überwacht werden. Eine Aufklärungskampagne zum Thema Endometriose und Menstruationsbeschwerden soll sich vorrangig an Mädchen und junge Frauen richten. Die Ausbildung der Ärzte soll zudem verändert werden, damit diese die Krankheit besser erkennen und behandeln können.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/5979 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 20/4308 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 20/5979 abzulehnen.

Berlin, den 26. April 2023

Der Ausschuss für Gesundheit

Dr. Kirsten Kappert-Gonther
Stellvertretende Vorsitzende

Emmi Zeulner
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Emmi Zeulner

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 66. Sitzung am 10. November 2022 den Antrag auf **Drucksache 20/4308** in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Außerdem hat er die Vorlage zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 91. Sitzung am 16. März 2023 den Antrag auf **Drucksache 20/5979** in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Außerdem hat er die Vorlage zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Endometriose ist eine der häufigsten Unterleibserkrankungen von Frauen und betrifft bis zu 15 Prozent der weiblichen Bevölkerung in Deutschland, so die Antragsteller. Charakteristisch für die Krankheit sei die Abwanderung und Ansiedlung von Gewebe der Gebärmutter Schleimhaut außerhalb der Gebärmutter. Endometriose sei aufgrund der dadurch hervorgerufenen Entzündungsreaktionen im Körper aber nicht nur schmerzhaft, sie könne auch zu Fruchtbarkeitsstörungen, Blasenproblemen oder sogar zu Darmverschlüssen führen. Diese Symptome beeinträchtigten Frauen ganz erheblich in ihrem Alltag und ihrer Lebensplanung. Mit ihrer Vielschichtigkeit und unterschiedlich starken Ausprägung brauche es bis zur Diagnose auch heute noch viele Jahre. Viele Aspekte der Endometriose seien zudem noch unbekannt. Es fehle an geeigneter Forschung und dadurch bedingt an geeigneter Sensibilisierung, Prävention und Versorgung. Im Gegensatz zu anderen westlichen Ländern verfüge Deutschland weiterhin über keine nationale Strategie gegen Endometriose. Neben der Forschungsverbesserung müssten die bereits bestehenden Strukturen besser genutzt und unterstützt werden. Auch die Möglichkeiten, entsprechende Endometriose-Behandlungen angemessen abrechnen zu können, fehlen nach Ansicht der Antragsteller bislang. Die Bundesregierung solle daher eine nationale Strategie gegen Endometriose mit konkreten Handlungsfeldern und Projekten erarbeiten und zu deren Umsetzung ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Zudem solle sich die Bundesregierung etwa für den Ausbau und die Stärkung von Endometriose-Zentren in ganz Deutschland einsetzen. Auch müsse dafür gesorgt werden, dass die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten diesbezüglich verbessert werde und die Leistungen in den Endometriose-Fachberatungen an Kliniken, bei Gynäkologen oder Allgemeinmedizinerinnen auskömmlich vergütet und entsprechend abgerechnet werden können.

Zu Buchstabe b

Jedes Jahr werden fast 30 000 Frauen mit Endometriose in Deutschland stationär im Krankenhaus behandelt, so die Antragsteller. Durch die starken Schmerzen seien die Frauen in ihrem Alltag stark eingeschränkt. Für viele sei Endometriose der Grund eines unerfüllten Kinderwunsches. Betroffene Frauen erhielten eine gesicherte Diagnose oft erst nach zehn Jahren. In dieser Zeit würden sie mit ihrem Leid nach Ansicht der Antragsteller allein gelassen. Zudem könne die Krankheit nach einer Diagnose nur symptomatisch behandelt werden. Die Bundesregierung solle daher eine nationale Endometriose-Strategie erarbeiten, um die Krankheit in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken und sich der Erforschung und Bekämpfung der Krankheit zu widmen. Vorgeschlagen wird zudem ein bundesweites Endometriose-Register, in dem Daten zum Krankheitsbild und zur Häufigkeit erfasst und überwacht werden. Eine Aufklärungskampagne zum Thema Endometriose und Menstruationsbeschwerden solle sich vorrangig an Mädchen und junge Frauen richten. Auch die Ausbildung der Ärzte müsse verändert werden, damit diese Endometriose besser erkennen und behandeln könnten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 37. Sitzung am 26. April 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/4308 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 44. Sitzung am 26. April 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/4308 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 37. Sitzung am 26. April 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/5979 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat in seiner 51. Sitzung am 18. Januar 2023 die Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 20/4308 (Buchstabe a) aufgenommen und beschlossen, eine Anhörung durchzuführen.

In seiner 57. Sitzung am 15. März 2023 hat er beschlossen, zu dem Antrag auf Drucksache 20/5979 (Buchstabe b) vorbehaltlich der Überweisung durch das Plenum eine Anhörung durchzuführen.

In seiner 59. Sitzung am 29. März 2023 hat er die Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 20/5979 (Buchstabe b) aufgenommen.

Die öffentliche Anhörung zu beiden Vorlagen fand in der 60. Sitzung am 29. März 2023 statt. Als sachverständige Organisationen waren eingeladen: Endometriose Vereinigung Deutschland e. V., Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e. V.^{*)}, Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA), GKV-Spitzenverband, Stiftung Endometriose-Forschung. Als Einzelsachverständige waren eingeladen: Dr. Harald Krentel (Europäische Endometrioseliga), Prof. Dr. Sylvia Mechsner (Charité – Universitätsmedizin Berlin), Anja Moritz (Endometriose-Vereinigung Deutschland e. V.), Prof. Dr. Thomas Römer (Evangelisches Klinikum Köln Weyertal), Prof. Dr. Uwe Andreas Ulrich (Martin Luther Krankenhaus Berlin), Isabell Witt (Endometriose Selbsthilfe Gruppe Berlin). Auf das Protokoll der Anhörung und die als Ausschussdrucksachen verteilten Stellungnahmen wird verwiesen (Ausschussdrucksachen 20(14)92(1–3)).

Der Ausschuss hat in seiner 64. Sitzung am 26. April 2023 seine Beratungen zu beiden Vorlagen fortgesetzt und abgeschlossen.

Zu Buchstabe a

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 20/4308 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 20/5979 abzulehnen.

^{*)} Verbandsvertreter hat persönliche Interessenverknüpfung offengelegt.

Fraktionsmeinungen

Die **Fraktion der SPD** begrüßte ausdrücklich, dass die Endometriose durch das parlamentarische Verfahren in das öffentliche Blickfeld geraten sei und die Erkrankung nun endlich die Aufmerksamkeit bekomme, die betroffene Frauen verdienten. Zu viele Frauen litten unter Schmerzen und erhielten zunächst eine falsche Diagnose. Das allgemeine Problem sei, dass man noch viel zu wenig über das Krankheitsbild und die Behandlungsmöglichkeiten wisse. Die Anträge werden dennoch abgelehnt. Es seien bereits entschiedene Verbesserungen durch die Koalitionsfraktionen in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht worden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung habe jährlich 5 Millionen Euro für die Erforschung von Endometriose zugesagt. Außerdem habe man die Forschungsmittel für Frauengesundheit erhöht und Frauengesundheit auf die Agenda gebracht. So hole man die Endometriose aus der Tabuzone. Die Fraktion der SPD setzte sich zudem auch weiterhin für mehr Forschung und Wissen über Endometriose ein und hoffe, die Situation der betroffenen Frauen so nachhaltig zu verbessern.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass eine nationale Endometriose-Strategie schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden müsse. Der Antrag der CDU/CSU insoweit beinhalte ganz konkrete Forderungen, wie etwa eine andere Art der Refinanzierung gynäkologischer Behandlungen, die Stärkung ambulanter Behandlungsmöglichkeiten sowie bessere schulische Aufklärung, die alle jeweils einfach umzusetzen wären. Die Regierungsfraktionen blieben jedoch weiterhin größtenteils untätig. Entscheidend sei jetzt, dass nach dem Abschluss der Beratungen tatsächlich etwas für die betroffenen Frauen geschehe. Die Bereitstellung zusätzlicher Forschungsmittel sei grundsätzlich anzuerkennen, im Gesamtgefüge der Höhe nach aber wesentlich zu gering. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. lehne man ab, da dieser zwar ebenfalls unterstützenswerte Ansätze enthalte, inhaltlich aber nicht weit genug gehe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, dass die Bereitstellung und Verstärkung zusätzlicher Forschungsmittel ein großes Anliegen der Ampelfraktionen gewesen sei. Beide Anträge könne man zum Anlass nehmen, um Endometriose in der Öffentlichkeit zu thematisieren, um so mehr Bewusstsein für das Leid der betroffenen Frauen zu generieren. Es bestehe Einigkeit darüber, dass ein über die Forschungsförderung hinausgehender Handlungsbedarf bestehe. Gemeinsames Ziel des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sei es daher, die Versorgungslage der Betroffenen kurzfristig und nachhaltig zu verbessern. Dennoch lehne man die Anträge ab, da diese Forderungen enthielten, die zum Teil nicht im Verantwortungsbereich des Bundes lägen.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dass Situation der betroffenen Frauen einer schnellstmöglichen Verbesserung bedürfe. Ein Fokus müsse dabei aber zunächst auf der Verbesserung der Datenlage liegen, um dann zielgerichteter handeln zu können. In den kommenden Jahren wolle man daher der Endometriose in der Medizinforschung mehr Raum geben. Man unterstütze die Erarbeitung einer nationalen Endometriose-Strategie. Wichtig sei in diesem Zusammenhang jedoch keine unnötigen Bürokratiekosten zu erzeugen, sondern die Mittel so einzusetzen, dass diese den betroffenen Frauen wirklich zugutekämen. So könnten etwa viele Maßnahmen in einem Zentrum für Endometrioseforschung gebündelt werden. Beide Anträge enthielten viele unterstützenswerte Positionen, gingen aber im Ergebnis insgesamt nicht weit genug. Zudem stellten diese vornehmlich auf die medizinische Versorgung ab und ließen die pflegerische Perspektive außer Betracht. Die beiden Anträge lehne man daher ab.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, dass zwar viel über Endometriose geredet werde, wirkliche Lösungen für die betroffenen Frauen aber weiterhin nicht in Sicht seien. Die Anhörung habe gezeigt, unter welchen Lebensbedingungen die von Endometriose betroffenen Frauen litten. Die Frauen hätten keine Zeit mehr abzuwarten und suchten nach schnellen Lösungen durch die Politik. Die Fraktion der AfD stimme daher beiden Anträgen zu.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, dass es sich bei der Endometriose um ein wenig beachtetes, aber dennoch zentrales Thema der Frauengesundheit handele. Endometriose sei die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung. Jedes Jahr würden damit fast 30 000 Frauen stationär behandelt. Im Verhältnis dazu sei das Krankheitsbild jedoch wesentlich zu unbekannt und unerforscht. Bei der Endometriose handele sich um ein weiteres Beispiel männerzentrierter Medizin. Obwohl in den letzten Jahren unter Führung der CDU/CSU wenig auf diesem Gebiet geschehen sei, sei nun zu begrüßen, dass auch die Union Handlungsbedarf sehe. Dem Antrag der CDU/CSU stimme man daher ebenfalls zu, da dieser wichtige und richtige Punkte enthalte und den betroffenen Frauen zeige, dass sich auf dem Gebiet etwas tue.

Berlin, den 26. April 2023

Emmi Zeulner
Berichterstatterin

